

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 23.11.2021

1) TOP Einwohnerfragen

Einwohnerfragen werden keine gestellt.

Geschäftsordnungsantrag

(gemäß § 22 Geschäftsordnung für den Gemeinderat Donaueschingen)

Stadtrat Dr. Wagner stellt folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Aufgrund der hohen Inzidenzzahlen beantragt er, die öffentliche Sitzung zu vertagen und die Tagesordnungspunkte in der nächsten Gemeinderatssitzung am 30. November 2021, die als Hybrid-Videokonferenz abgehalten wird, zu beraten und zu beschließen.

Der nichtöffentliche Teil der heutigen Gemeinderatssitzung soll vorgezogen werden, da für die Tagesordnungspunkte, bei denen es sich um Personalangelegenheiten handelt, Präsenzform vorgeschrieben sei. Falls die heutige öffentliche Sitzung in Präsenzform stattfindet, werde er nicht teilnehmen.

(Auf Nachfrage): Den Antrag stelle er als Gemeinderat und nicht für die FDP-/FW-Fraktion.

Oberbürgermeister Pauly: Aus Sicht der Verwaltung könne es verantwortet werden, die heutige Sitzung gemäß der öffentlichen Bekanntmachung in Präsenzform durchzuführen. Jeder Sitzungsteilnehmer sei gebeten worden, auf freiwilliger Basis und unabhängig vom Impfstatus einen Corona-Antigenschnelltest vor der Sitzung durchzuführen. Er appelliert darüber hinaus an alle, auch am Platz die medizinische Maske zu tragen, wenn kein Redebeitrag erfolgt.

Fraktionssprecher Greiner äußert Verständnis für den Antrag und bittet um eine Abstimmung.

Fraktionssprecher Blaurock: Durch das Tragen der Maske am Platz sei ein zusätzlicher Schutz vor Infektion gegeben.

Stadtrat Wild geht von einer hohen Impfquote im Gremium aus, die ebenfalls eine Schutzwirkung gegen das Corona-Virus entfalte und einen ausgeprägten Gemeinschaftsschutz biete.

Fraktionssprecher Reinbolz: Die SPD-Fraktion wolle die Sitzung heute durchführen und schließt sich dem Appell an, die Schutzmaske auch am Sitzplatz zu tragen.

Es folgt die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Dr. Wagner, der aus Sicht der Verwaltung formuliert wird.

Beschluss:

Die heutige Sitzung des Gemeinderats wird öffentlich und nicht-öffentlich als Präsenzveranstaltung durchgeführt. Es wird an alle appelliert, die medizinische Maske dauerhaft zu tragen.

(26 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)

Stadtrat Dr. Wagner verlässt die Sitzung wie angekündigt. Er gilt als entschuldigt.

2) TOP 1-028/21 Umbenennung Foch Kaserne in Barbara Kaserne

Oberbürgermeister Pauly begrüßt die Gäste, Herrn Oberstabsgefreiten Martin Heinle sowie Herrn Oberstabsfeldwebel und Kasernenkommandant der Fürstenberg Kaserne in Donaueschingen, Günter Barthel, und führt kurz in die Sitzungsvorlage Nr. 1-028/21 ein.

Oberstabsfeldwebel Barthel erläutert dem Gremium seinen Vorschlag auf Rückbenennung der Foch Kaserne in Barbara Kaserne. Dabei verweist er auf mitgebrachte Bilder der Studie zum neuen Sockel für die Barbara-Figur. Die denkmalgeschützte Statue der heiligen Barbara habe eine Höhe von vier Metern. Ausgewählte Bilder sind der Niederschrift beigelegt.

Fraktionssprecher Blaurock: Er sehe es kritisch, dass die Kaserne ebenfalls im Jahr 1939, dem Jahr der Machtergreifung der Nationalsozialisten, in Barbara Kaserne benannt worden sei. Zudem sei die Barbara Kaserne in Donaueschingen ursprünglich für eine Artillerie-Einheit vorgesehen und habe den Namen der Schutzpatronin der Artillerie, der Heiligen St. Barbara, erhalten. Nun sei das Jägerbataillon in der Kaserne stationiert und keine Artillerie mehr. Die Benennung der Foch Kaserne im Jahr 1945 nach dem ehemaligen Marschall aus Frankreich, Ferdinand Jean-Marie-Foch, sei ein wertvoller Beitrag zur deutsch-französischen Städtepartnerschaft mit Saverne.

Die Fraktion der GRÜNEN könne den Vorschlag daher nicht begrüßen.

Stadtrat Wild: Die GUB-Fraktion unterstütze den Vorschlag von Oberstabsfeldwebel Barthel, wolle aber durch die Umbenennung keinen Bezug zum damaligen Unrechtsregime herbeiführen.

Fraktionssprecher Reinbolz schließt sich an. Der Vorschlag werde innerhalb der SPD-Fraktion nicht einheitlich bewertet. Er bittet um Klarstellung, damit ein Bezug zum nationalsozialistischen Unrechtsregime ausgeschlossen werden kann.

Oberbürgermeister Pauly ergänzt: Ein Ausschlussgrund liege nicht allein dadurch vor, dass die Kaserne im Jahr 1939 erstmalig als Barbara Kaserne benannt worden sei.

Oberstabsfeldwebel Barthel schildert die Geschichte der heiligen Barbara, die im 3. Jahrhundert zum Christentum konvertierte und als Märtyrerin starb. Sie gelte als Schutzpatronin aller, die Schießpulver verwenden. Dazu zähle auch das Jägerbataillon. Er weist darauf hin, dass es auch von Bedeutung sei, dass der Allgemeinheit nicht bekannt sei, welche Verbrechen der französische Marschall Foch in den Kriegsjahren begangen habe.

Zusammenfassend bestätigt er, dass die Bundeswehr den Vorschlag gewissenhaft geprüft habe.

Fraktionssprecher Rainer Hall, FDP-/FW-Fraktion, und Marcus Greiner, CDU-Fraktion schließen sich dem Umbenennungsvorschlag an.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly erfolgen keine Änderungsanträge aus dem Gremium.

Beschluss:

Der Gemeinderat begrüßt die Umbenennung der Foch Kaserne in Barbara Kaserne.

(20 Ja, 2 Nein, 6 Enthaltungen)

3) TOP 1-032/21 Oberbürgermeisterwahl - Festlegungen des Gemeinderates

Oberbürgermeister Pauly erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen, übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Graf und verlässt den Ratstisch. Er nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Bürgermeister Graf übernimmt den Vorsitz der Gemeinderatssitzung und führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-032/21 ein.

Auf die Stelle des Oberbürgermeisters der Stadt Donaueschingen sei innerhalb der Bewerbungsfrist, die am 22. November 2021 um 18 Uhr endete, lediglich die Bewerbung von Amtsinhaber Erik Pauly eingegangen. Eine Kandidatenvorstellung könne auch bei nur einem Bewerber erfolgen und werde vom Gemeindewahlausschuss grundsätzlich empfohlen. Die Abstimmung im Gemeindewahlausschuss sei jedoch aufgrund der steigenden Corona-Infektionszahlen unentschieden mit drei Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen ausgefallen. Ursprünglich sei als Vorstellungstermin, Sonntag, 5. Dezember 2021, vorgesehen.

Der Gemeinderat könne nun darüber beraten und beschließen, ob und in welchem Format eine öffentliche Bewerbervorstellung durchgeführt werden soll. Die Verwaltung schlägt aufgrund der alleinigen Bewerbung von Amtsinhaber Erik Pauly vor, keine Kandidatenvorstellung durchzuführen. Sollte der Gemeinderat dennoch entscheiden, eine Kandidatenvorstellung durchzuführen, schlage die Verwaltung vor, die Vorstellung als Hybrid-Videokonferenz abzuhalten, so dass ein Teil der Besucher per Videokonferenz online teilnehmen kann und die übrigen Interessierten nach einer Zugangskontrolle im Sitzungssaal der Donauhallen anwesend sind.

In den anschließenden Beratungen spricht sich Stadträtin Wesle, im Gegensatz zu den übrigen Fraktionskollegen der CDU-Fraktion, für eine Kandidatenvorstellung aus, die dann auch in das Internet übertragen werden soll. Die GUB-Fraktion, so Stadtrat Auer, schließe sich ihr an. Die FDP-/FW-Fraktion hält eine offizielle Kandidatenvorstellung zur Vorstellung des Wahlprogramms ebenfalls für erforderlich. Stadtrat Reith schlägt jedoch vor, die Veranstaltung aufgrund der epidemischen Lage ausschließlich per Videoübertragung anzubieten. Die Fraktionssprecher der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN, Reinbolz und Blaurock befürworten den Vorschlag. Dennoch sei eine Abwägung schwierig und das Abstimmungsverhalten der GRÜNEN-Fraktion offen, so Fraktionssprecher Blaurock.

Amtsleiter Biehler erläutert, dass bereits zwei Angebote von Unternehmen eingeholt worden seien, die digitale Kandidatenvorstellungen bzw. Hybrid-Videokonferenzen bereits durchgeführt haben. Die Variante des Hybridformats habe den Vorteil, dass niemand vom Prozess der Meinungsbildung ausgeschlossen werde, wenn ein Internetanschluss nicht vorhanden sei. Für den Einlass in die Donauhallen gelte die 3-G-Regel. Bürgerinnen und Bürger, die unter diesen Bedingungen die Veranstaltung in den Donauhallen nicht verfolgen können, haben immer noch die Möglichkeit den Livestream mitzuverfolgen.

Für die Vorstellung des Wahlprogramms sei ein Zeitkontingent von 20 Minuten vorgesehen. Bürgerfragen können im Vorfeld bei der Verwaltung eingereicht werden.

(Auf Nachfrage von Stadträtin Riedmaier) Wenn die Möglichkeit angeboten werde, Fragen während der Wahlveranstaltung live per Chat zu stellen, müsse jemand die eingehenden Fragen vorab filtern. Diese Form der Beteiligung sehe er kritisch, da bei vielen eingehenden Fragen die Verwaltung unter Umständen Fragen aussortieren muss. Bei nur einem Kandidaten, der zugleich der Amtsinhaber ist, sei dieses Angebot zudem nicht besonders relevant.

Fraktionssprecher Reinbolz: Es gebe professionelle Fachkräfte, die Fragen per Chat filtern könnten. Er bittet darum, die Durchführbarkeit zu prüfen. Ein solches Angebot sei wichtig, damit kein Nachteil für die entstehe, die per Livestream teilnehmen und nicht vor Ort dem Bewerber ihre Fragen stellen können.

Beschluss:

1. Vor der anstehenden Oberbürgermeisterwahl soll eine öffentliche Bewerbervorstellung durchgeführt werden.

(15 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen, 1 Befangenheit)

2. Die öffentliche Bewerbervorstellung soll als Hybrid-Videokonferenz abgehalten werden.

(21 Ja, 6 Nein, 0 Enthaltungen, 1 Befangenheit)

3. Der zur Oberbürgermeisterwahl am 19. Dezember 2021 zugelassene Bewerber wird zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Graf übergibt den Vorsitz der Sitzung nach der Abstimmung wieder an Oberbürgermeister Pauly, der an den Ratstisch zurückkehrt.

4) TOP 2-011/21 Investitionsmaßnahmen Anton-Mall-Stadion

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Lafera, Sachgebietsleiter Vereinsförderung, führt ausführlich in die Sitzungsvorlage Nr. 2-011/21 ein.

Stadtrat Lienhard bittet um Prüfung von Zuschussmöglichkeiten für die beiden Investitionsmaßnahmen und schlägt vor, im Zuge der notwendigen Erdarbeiten Leerrohre für eine mögliche zukünftige Flutlichtanlage zu verlegen.

Stadtrat Wild: Die geschilderten Probleme seien bekannt und die Investitionsmaßnahmen erforderlich. Die Nutzung des Anton-Mall-Stadion solle, beispielsweise durch den SSC, intensiviert werden.

Stadtrat Roland Erndle: Die derzeitigen Nutzungsgebühren im Anton-Mall-Stadion würden manche Vereine daran hindern, die Anlage zu nutzen. Die Nutzungsgebühren sollten überprüft werden.

Stadtrat Rögele stimmt den Maßnahmen zu und schlägt vor, beide Investitionsvorhaben, die Installation der neuen Beregnungsanlage und die Sanierung der Tartan-Bahn, im gleichen Jahr durchzuführen.

Oberbürgermeister Pauly: Von der Verwaltung sei vorgesehen, beide Maßnahmen im Jahr 2022 durchzuführen.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die aufgeführten Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Haushaltsberatungen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Mittel in den Haushaltsplan 2022 aufzunehmen.

(26 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen)

5) TOP 7-050/21 Haushalt 2022 - Beratung des Finanzhaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung 2022 - 2025

Oberbürgermeister Pauly ruft den Tagesordnungspunkt auf und eröffnet die Beratung des Finanzhaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung 2022-2025 (Sitzungsvorlage Nr. 7-050/21).

Amtsleiter Zoller führt in die Tischvorlage Nr. 7-050/21/1 ein und verweist auf die Änderungstabellen zum Ergebnis- und Finanzhaushalt (Anlage 1), die alle bisherigen Änderungen inklusive der beschlossenen Änderungen des Hauptausschusses vom 16.11.2021 beinhalten.

Im Folgenden werden die Maßnahmen innerhalb des Investitionsprogramms 2022-2026 entsprechend der Vorgehensweise in den Vorjahren beraten sowie Änderungsanträge gestellt und beschlossen.

Investitionsprogramm 2022-2026

THH 1-Zentrale Steuerung und Finanzen

- Profitcenter 11.26-Zentrale Dienstleistungen – SG 12, Seite 433

Wallbox für E-Mobilität, Tiefgarage:

Fraktionssprecher Greiner bittet darum, bei der Wallbox im Vorfeld den Brandschutz zu prüfen.

Stadtrat Kuttruff beantragt den Betrag von 6.500 Euro auf 13.000 Euro zu erhöhen, um eine zweite Wallbox, in der Tiefgarage des Rathaus II oder hinter Rathaus I zu ermöglichen, bzw. eine öffentliche Ladestation an einem anderen Standort wie beispielsweise am Alten Festhallenplatz anzubieten. Für die Maßnahme sollten Fördermöglichkeiten geprüft werden.

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, dass die Wallbox für städtische E-Fahrzeuge vorgesehen sei.

Stadtrat Kuttruff schlägt vor, auch den Ausbau und Betrieb öffentlicher Ladestationen zu prüfen.

Bürgermeister Graf: Er werde diesbezüglich Kontakt zur Energiedienst AG aufnehmen. Einem Betreiber könne von der Stadt ein Stellplatz zur Verfügung gestellt werden, der die Ladestation auf eigene Kosten errichtet und betreibt. Haushaltsmittel müssten dann keine bereitgestellt werden.

Fraktionssprecher Greiner bittet darum, ein städtisches Ausbau-Konzept für Ladestationen zu erstellen und im Technischen Ausschuss zur Beratung vorzustellen.

Oberbürgermeister Pauly: Der Vorschlag werde geprüft.

Über den Antrag, den Ansatz in Höhe von 6.500 Euro für eine zweite städtische Wallbox auf 13.000 Euro zu erhöhen, solle abgestimmt werden.

Auf Nachfrage ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Dem Antrag, den Ansatz in Höhe von 6.500 Euro auf 13.000 Euro zu erhöhen wird zugestimmt

(einstimmig, ohne Widerspruch)

THH 2 - Tourismus und Marketing

- Profitcenter 42.40 Bäder, Parkschwimmbad, Seite 434
Kassenautomat und Zugangssystem:

Amtsleiter Haller (Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Rainer Hall): Die Kosten für das Zugangssystem beim Parkschwimmbad haben sich von 50.000 Euro auf 80.000 Euro erhöht, da ein neues Angebot eingegangen sei.

- Profitcenter 42.41 Sportstätten, Seite 435
Sportzentrum Haberfeld:

Amtsleiter Zoller: Der Ansatz für die Beregnungsanlage habe sich entsprechend der ermittelten Investitionskosten nach Beschluss des Gemeinderats in der Sitzung am 23.11.2021 auf 109.000 Euro erhöht.

Stadträtin Riedmaier bittet um Prüfung, ob es für diese Investitionsmaßnahme Fördermöglichkeiten gebe.

- Profitcenter 57.30-23 Veranstaltungs- und Festhallen, Donauhallen, Seite 435
Verschiedene Anschaffungen Donauhallen

Stadtrat Kuttruff schlägt vor, den Ansatz für verschiedene Anschaffungen in den Donauhallen von 40.000 Euro auf 10.000 Euro zu senken. Der Ansatz sei vermutlich für Anschaffungen im Rahmen eines möglichen neuen Cateringkonzeptes gedacht. Da das Catering nach Beschlusslage ein externer Caterer übernehmen soll, werde der Ansatz nicht mehr in dieser Höhe benötigt.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Dem Antrag, den Ansatz von 40.000 Euro auf 10.000 Euro zu senken, wird zugestimmt

(einstimmig, ohne Widerspruch)

- Profitcenter 57.50 Sportstätten, Seite 436

Erweiterung Wohnmobilstellplatz:

Fraktionssprecher Greiner stellt den Antrag, im Zuge der geplanten Erweiterung des Wohnmobilstellplatzes einen Kassenautomaten aufzustellen bzw. ein Bezahlssystem zu installieren, damit Touristen künftig eine Nutzungsgebühr entrichten können.

Stadtrat Wild: Die GUB-Fraktion unterstütze den Antrag.

Fraktionssprecher Vetter: Die SPD-Fraktion sei schon lange dafür, dass über die Entrichtung einer Gebühr das Angebot des Stellplatzes gegenfinanziert werden könne und unterstütze den Antrag ebenfalls.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss:

Dem Antrag, für ein Bezahlssystem für den Wohnmobilstellplatz, einen Ansatz in Höhe von 40.000 Euro einzustellen, wird zugestimmt

(einstimmig, ohne Widerspruch)

- Profitcenter 11.26-31 Zentrale Bußgeldstelle, Seite 436

Messanhänger

Fraktionssprecher Rainer Hall stellt den Antrag, statt eines Messanhängers weitere Geschwindigkeitsanzeigetafeln mit Smiley-Display anzuschaffen. Die Anzeigetafel sei mobil und könne neben den fünf vorhandenen Anzeigetafeln in den Ortsteilen eingesetzt werden. Der Ansatz könne dann von 160.000 Euro auf 20.000 gesenkt werden.

Stadtrat Horst Hall, Ortsvorsteher Aasen: Der Ortsteil Aasen verfüge bereits gemeinsam mit dem Ortsteil Heidehofen über eine Geschwindigkeitsanzeigetafel mit Smiley-Display. Für ein weiteres Gerät sei kein Bedarf. Der Einsatz der mobilen Anzeigetafel sei ziemlich aufwendig.

Bürgermeister Graf bittet darum, den Ansatz für die Beschaffung des Messanhängers nicht zu streichen. Diese Anlagen dienen nicht der Verkehrsüberwachung, da sie keine Kamera und keine Kennzeichenaufzeichnung besitzen.

Beschluss:

Dem Antrag, den Ansatz für die Beschaffung des Messanhängers in Höhe von 120.000 Euro zu streichen und durch den Ansatz für die Beschaffung einer Geschwindigkeitsanzeigetafel in Höhe von 20.000 Euro zu ersetzen, wird zugestimmt.

(8 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung)

Der Antrag ist somit abgelehnt. Der Haushaltsmittelansatz für die Beschaffung des Messanhängers in Höhe von 120.000 Euro wird nicht gestrichen.

THH 3 – Öffentliche Ordnung

Profitcenter 12.60 Brandschutz, Seite 437

Feuerwehrgerätehaus Neubau-Baukosten, VE

Oberbürgermeister Pauly: Die Neubaumaßnahme des Feuerwehrgerätehauses Pfohren werde um ein Jahr verschoben. Er schlägt daher vor, die Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2022 für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses von 2.320.000 Euro auf 435.000 Euro zu senken, im Jahr 2023 von 900.000 Euro auf 2.165.000 Euro zu erhöhen und im Jahr 2024 620.000 Euro einzustellen.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Dem Antrag, die Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2022 für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses von 2.320.000 Euro auf 435.000 Euro zu senken, im Jahr 2023 von 900.000 Euro auf 2.165.000 Euro zu erhöhen und im Jahr 2024 620.000 Euro einzustellen, wird zugestimmt.

(einstimmig, ohne Widerspruch)

- *Anschaffung HLF-10 (Wolterdingen)*

Stadtrat Kuttruff stellt den Antrag, den Ansatz für die Anschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugs (HLF-10) für Wolterdingen im Jahr 2022 von 70.000 Euro auf 420.000 Euro zu erhöhen, um den Beschaffungsauftrag komplett durchzuführen zu können.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss: Dem Antrag, den Ansatz für die Anschaffung eines Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugs (HLF-10) für Wolterdingen im Jahr 2022 von 70.000 Euro auf 420.000 Euro zu erhöhen, wird zugestimmt.

(einstimmig, ohne Widerspruch)

THH 4 - Hochbauamt

- Profitcenter 11.30 Grundstücksmanagement, Seite 439
Wolterdingen, Ankauf Flächen Kirchbühl

Stadtrat Kuttruff stellt den Antrag, den Ansatz in Höhe von 800.000 Euro für den Ankauf der Flächen Kirchbühl zu streichen, da die Fläche inzwischen nicht mehr ersteigert werden könne.

Auf Nachfrage von Oberbürgermeister Pauly ergeht hierzu kein Widerspruch aus dem Gremium.

Beschluss:

Dem Antrag, den Ansatz in Höhe von 800.000 Euro für den Ankauf der Flächen Kirchbühl zu streichen, wird zugestimmt.

(einstimmig, ohne Widerspruch)

- Profitcenter 55.10-45 Öffentliches Grün, Landschaftsbau, Seite 439
Skateboardanlage, Unter der Schellenbergbrücke

Oberbürgermeister Pauly: Die Umbaumaßnahmen an der Skateboardanlage seien nicht förderfähig, wie die Prüfung ergeben habe. Die Maßnahmen seien nicht in das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) aufgenommen worden. Der im Jahr 2022 bei „Einzahlungen“ eingestellte Ansatz in Höhe von -40.700 Euro müsste daher gestrichen werden, da der ermittelte Zuschussbetrag nicht gezahlt werde.

- Profitcenter 554.60-45 Parkierungseinrichtungen, Seite 440
Nördlicher Bahnhofsbereich Bike+Ride, Fahrradsammelgarage

Amtsleiter Unkel weist darauf hin, dass auch im nördlichen Bahnhofsbereich eine Bike+Ride Fahrradsammelgarage mit Kosten in Höhe von 100.000 Euro geplant werde und die Haushaltsmittel dafür im Jahr 2023 eingestellt seien.

Der Gemeinderat nimmt davon Kenntnis.

Antrags der FDP-/FW-Fraktion vom 08.11.2021 - „Toilette für Alle“

Stadtrat Reith schlägt vor, Haushaltsmittel mit einem Sperrvermerk für die Einrichtung einer „Toilette für Alle“ gemäß des Antrags der FDP-/FW-Fraktion vom 08.11.2021 einzustellen, um die Planungen vorbereiten zu können.

Amtsleiter Unkel: Zur Beantwortung ziehe er seine Mitteilung von TOP 6 „Mitteilungen der Verwaltung“ vor:

Die Verwaltung habe geprüft, ob ein Zuschussantrag für die von der FDP-/FW-Fraktion vorgeschlagene Maßnahme „Toilette für Alle“ gestellt werden könne. Die Prüfung habe ergeben, dass die die aktuell verfügbaren Behinderten-WC's aufgrund ihrer geringen Größe die Förderbedingungen nicht erfüllen. Es werde nach einer weiteren Lösung gesucht, um dieses Vorhaben in Donaueschingen umsetzen zu können. Das nehme jedoch einige Zeit in Anspruch, so dass aktuell keine Planungen bzw. die Antragstellung auf einen Zuschuss möglich sind. Der Förderbetrag sei dabei auf max.12.000 EUR pro Projekt begrenzt.

THH 6 – Bildung und Soziales

- Profitcenter 21.10.01 Bereitstellung und Betrieb von Grundschulen, Seite 441
Grundschule Wolterdingen

Fraktionssprecher Blaurock stellt den Antrag, die Grundschule Wolterdingen energetisch zu sanieren und dafür 200.000 Euro im Jahr 2024 einzustellen.

Beschluss:

Dem Antrag, für energetische Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule Wolterdingen 200.000 Euro im Jahr einzustellen, wird zugestimmt.

(5 Ja, 22 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

THH 9 - Tiefbauamt

- Profitcenter 54.10 - 91 Gemeindestraßen, Seite 444
Gemeindestraßen

Stadträtin Riedmaier: Die geplante Maßnahme „Straßenausbau“ in der Friedenstraße sei nicht mehr erforderlich, da das Tiefbauamt, mit einem relativ geringen Aufwand eine Lösung gefunden habe und das Regenwasser wieder ablaufe. Der Ansatz in Höhe von 40.000 Euro könne gestrichen werden.

Beschluss:

Dem Antrag, den Ansatz in Höhe von 40.000 Euro für den Straßenausbau, Friedenstraße, zu streichen, wird zugestimmt.

(Einstimmig, ohne Widerspruch)

- Aasen, Seite 446
Radweg Aasen - Öschberghof, Neubau

Stadtrat Reinholz stellt den Antrag, die Baumaßnahme „Radweg –Öschberghof“ zu streichen.

Beschluss:

Dem Antrag, den Ansatz in Höhe von 522.000 Euro im Jahr 2022 für die Neubaumaßnahme „Radweg –Öschberghof“ zu streichen, wird zugestimmt.

(8 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

- Allmendshofen, Seite 447:

Amtsleiter Zoller weist darauf hin, dass der Landeszuschuss für die Maßnahme „Kreisverkehr L171 / Zubringer“ inzwischen höher ausfalle und nun 131.000 Euro betrage und der Ansatz im Jahr 2023 bei „Einzahlungen“ eingestellt werde.

Der Gemeinderat nimmt davon Kenntnis.

- Profitcenter 55.10 - 92 Öffentliches Grün / Landschaftsbau, Seite 448
Kinderspielplätze

Stadtrat Kuttruff: Die Errichtung eines WLAN-Hotspots beim Spielplatz Grüningen sei aus seiner Sicht nicht zwingend erforderlich. Er beantrage, die Maßnahme zu streichen.

Fraktionssprecher Greiner: Das sehe er genauso.

Stadtrat Lind: Der WLAN-Hotspot sei für festliche Aktivitäten beim Kinderspielplatz gedacht.

Beschluss: Dem Antrag, den Ansatz in Höhe von 7.000 Euro für den WLAN-Hotspot beim Spielplatz Grüningen zu streichen, wird zugestimmt.

(23 Ja, 2 Nein, 4 Enthaltungen)

Amtsleiter Zoller fasst zusammen, dass der Saldo aus Investitionstätigkeit für das Haushaltsjahr 2022 aufgrund der Beratungen und gefassten Beschlüsse nun von – 10.065.200 Euro auf -8.266.300 Euro gesunken sei.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, die sich in der Beratung zum Entwurf des Finanzhaushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung ergebenden Änderungen in den Haushaltsplan 2022 einzuarbeiten.

(29 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

5.1) TOP 7-050/21/1 Tischvorlage-Haushalt 2022 - Beratung des Finanzhaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung 2022 - 2025

6) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Corona-Antigenschnelltests

Oberbürgermeister Pauly appelliert an die Mitglieder des Gemeinderats aufgrund der hohen Corona-Inzidenzzahlen, unabhängig vom Impfstatus, vor den Sitzungen des Gemeinderats und der Ausschüsse einen Corona-Antigenschnelltest zu Hause durchzuführen. Corona-Antigenschnelltests könnten über die Geschäftsstelle Gemeinderat bezogen werden.

7) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Am Neberweg / Zufahrt Recyclinghof

Bürgermeister Graf (auf Nachfrage aus dem Gemeinderat zur Zufahrt zum Recyclinghof, Am Neberweg): Die Verkehrsregelung für die Zufahrt zum Recyclinghof sei in einer Verkehrsschau zusammen mit der Verkehrspolizei festgelegt worden. Falls es Schlaglöcher in der Fahrbahn gebe, würden diese durch die Technischen Dienste ausgebessert.